

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

vom Eigenbetrieb

Geschäftsführerin/Betriebsleitung Reinhard-Nieter-Krankenhaus Andrea Aulkemeyer

von der Verwaltung

Referatsleiter 2 Niksa Marusic

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Erika Lach

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 12

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1	Antrag Gruppe BASU/Hammadi auf personelle Änderung der Arbeitsgruppe "Extremismus"	500/2014
7.1.1	Wirtschaftsplan 2014 der RNK Städtische Kliniken gGmbH	11/2014
7.2.1	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung der Betriebsleiterin Reinhard-Nieter-Krankenhaus -Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK- Eigenbetrieb)	305/2013
7.2.2	Genehmigung des Wirtschaftsplans 2014 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus-Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK- Eigenbetrieb)	306/2013
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 30, 6. Änderung-Flensburger Straße- Neuer Aufstellungs-, Entwurfs- und Satzungsbeschluss	5/2014
7.3.2	Bebauungsplan Nr. 143-Forschungswindpark Anzetel- Erneuter Auslegungsbeschluss	6/2014
7.3.3	Veränderungssperre Nr. 23 zum Bebauungsplan Nr. 143 Forschungswindpark Anzetel, Satzungsbeschluss	10/2014
7.3.4	72. Änderung des Flächennutzungsplans 1973-Logistikpark Langewerth- Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss	8/2014
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Anfrage von Herrn Dr. von Teichman (FDP) zur Geschäftsführung des „nautimo“	502/2014

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.11.2013

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.11.2013 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Auf Antrag von **Herrn Dr. von Teichman**, FDP, wurde eine aktuelle Stunde zum Thema „Zusammenarbeit mit dem Umland - wohin treibt Wilhelmshaven?“ durchgeführt. Anhand einiger Beispiele verdeutlichte Herr Dr. von Teichman, in welchen Bereichen seiner Meinung nach die Zusammenarbeit verbessert werden könnte. An der folgenden kurzen Aussprache beteiligten sich **Herr Sokolowski** und **Frau Breuer**.

Anschließend nahm **Herr Walpurgis**, UWG-Fraktion, im Rahmen der aktuellen Stunde Stellung zum Thema „JetPortCity - was kommt danach?“. Hierzu fand keine weitere Aussprache statt.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Antrag Gruppe BASU/Hammadi auf personelle Änderung der Arbeitsgruppe "Extremismus" **500/2014**

Frau Ober-Bloibaum trug den Antrag der Gruppe BASU/Hammadi vor und begründete diesen anschließend.

Frau Weinstock ging anschließend auf die Gründe dafür ein, warum der Antrag erneut eingebracht werde. Da die Erweiterung der Arbeitsgruppe in jedem Fall einen Gewinn darstelle, bitte sie dringend dem Antrag zuzustimmen.

Frau Breuer zeigte auf, was die Arbeitsgruppe ursprünglich vorhatte und welche Aktivitäten tatsächlich bisher durchgeführt worden seien. Sie verbinde mit einem größeren Mitgliederkreis die Hoffnung, die Arbeitsgruppe könne damit aktiver werden.

Herr Dr. von Teichman vermutete rein öffentlichkeitswirksame Gründe bei der damaligen Einrichtung, was wiederum sicher nicht dem Anliegen des Herrn Hammadi entspreche.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 13 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP und 1 Enthaltung: Frau Bakir, SPD-Fraktion)

Der Rat beschließt die Entsendung von 6 Ratsmitgliedern (statt bisher 3) in die Arbeitsgruppe Extremismus. Die Aufteilung erfolgt nach dem deHondschen Verfahren.

Begründung:

Seit der Gründung der Arbeitsgruppe haben sich in Wilhelmshaven andere Bedrohungsszenarien als damals gedacht ergeben. Um diese Sachverhalte in einem kleinen Kreis, aber trotzdem umfassend diskutieren zu können und dem Rat darauf hin fundierte Beschlussempfehlungen geben zu können, ist es notwendig, den Kreis der Mitglieder zu erweitern.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Wirtschaftsplan 2014 der RNK Städtische Kliniken gGmbH **11/2014**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 20.01.2014 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erläuterte **Frau Aulkemeyer** das Zustandekommen des Defizits.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch bezüglich des Ausgleichs und warf die Frage auf, ob das Land in diesem Fall überhaupt noch die Fusion von Reinhard-Nieter-Krankenhaus und St. Willehad Hospital weiter unterstütze. Er sehe vielmehr die Überschuldung auf das Krankenhaus zulaufen und bezeichnete die derzeitige Situation als „Desaster“, welches es aufzuhalten gelte.

Auf Bitten von **Herrn von den Berg** erklärte **Frau Aulkemeyer** anschließend das Zustandekommen der Erlössteigerungen sowie der Personalkostenerhöhungen in 2014.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass man bei den Planungen der Zahlen im Krankenhausbereich sehr vorsichtig vorgehe. Nur auf diese Weise ließen sich Überraschungen verhindern. Bezüglich der Finanzlage in Richtung der Äußerungen von Herrn Dr. von Teichman lasse sich feststellen, dass nur für den Fall, dass die Ergebnisse nicht besser würden, eine fortschreitende Überschuldung drohe, jedoch hätten die Zahlen der letzten beiden Jahre das genaue Gegenteil bewiesen. Man stehe am Anfang einer Restrukturierung des Hauses und dürfe nicht außer Acht lassen, dass durch die Entscheidungen aus der Vergangenheit bezüglich der Personalzugehörigkeit dem Krankenhaus eine erhebliche Last auferlegt worden sei. Dieses gelte es nun durch Optimierungen in den Griff zu bekommen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass sich der Rat für einen Erhalt des Krankenhauses in städtischer Hand entschieden habe. Und aus diesem Grund müsse das Krankenhaus, wann immer nötig, aus dem städtischen Haushalt unterstützt werden. Die Entscheidung über die Höhe dieser Summe liege wiederum beim Rat.

Auf den Einwand von **Frau Biester**, eine Entscheidung sei erst möglich, wenn bezüglich der Auswirkungen der Klinikfusion genauere Zahlen bekannt seien, erklärte **Frau Aulkemeyer**, dass es bezüglich der Auswirkungen der Fusion eine gesonderte Veranstaltung geben werde. Davon unabhängig sei jedoch ein Wirtschaftsplan gesetzlich vorgeschrieben, so dass hier zunächst die Zahlen ohne die Auswirkungen einer Fusion vorgestellt worden seien.

Herr Hellwig bestätigte die Zahlen des Wirtschaftsplans als realistisch, aber konservativ. Er appelliere dringend, dem Wirtschaftsplan vor dem Hintergrund der Zukunft des Krankenhauses mehr Vertrauen zu schenken und dies auch in der Öffentlichkeit kund zu tun. Er vertraue den Aussagen der Verwaltung, das Haus nicht zu verkaufen.

Herr Biehl erinnerte an die Diskussionen in den verschiedenen Gremien über die Auswirkungen der Krankenhausfusion. Da niemand in die Zukunft schauen könne, könne auch keiner um die finanziellen Auswirkungen der Fusion wissen und daher könne der Wirtschaftsplan ausschließlich die Zahlen des Reinhard-Nieter-Krankenhauses wiedergeben. Darüber hinaus lasse sich feststellen, dass Wilhelmshaven der bundesweiten Entwicklung der Schließung kommunaler Krankenhäuser entkommen konnte. Mit den Plänen für das neue Krankenhaus und durch die Unterstützung des Landes könne er der Zukunft optimistisch entgegentreten.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an seinen jahrelangen Einsatz für das Krankenhaus und die Appelle dringend tätig zu werden. Dies habe der Rat in der Vergangenheit jedoch immer wieder abgewiesen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Gegenstimmen: Frau Weinstock, Gruppe BASU/Hammadi und Herr Dr. von Teichman, FDP)

Dem Wirtschaftsplan 2014 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH (RNK gGmbH) mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.462.286 Euro wird zugestimmt.

7.2 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)7.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung der Betriebsleiterin Reinhard-Nieter-Krankenhaus -Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetrieb) **305/2013**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 19.12.2013 vor.

Nachdem **Frau Aulkemeyer** einige Detailfragen von **Herrn Dr. von Teichman** zum Jahresabschluss beantwortet hatte, lobte Herr Dr. von Teichman den Bericht als guten Einblick in die derzeitige Situation des Krankenhauses und die noch zu klärenden Themen. Er sehe hier weitere Ausgaben auf die Stadt zukommen für ein Krankenhaus, um das es nicht gut stehe. Dies alles sei auf eine jahrelange schlechte Wirtschaftsführung zurückzuführen.

Oberbürgermeister Wagner bestätigte, man befinde sich mit den vorgelegten Zahlen in der Vergangenheit, wo durch klassische unternehmerische Fehlentscheidungen die Grundlage für die heutige schwierige Situation geschaffen worden sei. Aufgabe müsse sein, die Vergangenheit aufzuarbeiten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 4 Enthaltungen: Gruppe BASU/Hammadi; Herr Walzner, UWG-Fraktion; Herr Dr. von Teichman, FDP)

1. Der Jahresabschluss 2012 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 1.883.896,73 € festgestellt
2. Der Betriebsleiterin wird Entlastung erteilt.

7.2.2 Genehmigung des Wirtschaftsplans 2014 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus- Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK- Eigenbetrieb) **306/2013**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 19.12.2013 vor.

Auf die Bemerkung von **Herrn Dr. von Teichman**, er könne die angekündigte „schwarze Null“ nirgendwo erkennen, wendete **Oberbürgermeister Wagner** ein, dazu sei für den Eigenbetrieb keine Aussage getroffen worden. Wie bereits im Finanzausschuss erwähnt, müsse im Eigenbetrieb auf lange Frist, solange die derzeitige Personalstärke bestehe, mit einem Defizit gerechnet werden, das nur sehr mühsam abzubauen sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme: FDP und 3 Enthaltungen: Gruppe BASU/Hammadi; Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2014 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 1.000.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Wirtschaftsplan 2014 nicht vorgesehen.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)**7.3.1 Bebauungsplan Nr. 30, 6. Änderung - Flensburger Straße -
Neuer Aufstellungs-, Entwurfs- und Satzungsbeschluss****5/2014**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.01.2014 vor.

Herr von den Berg zeigte sich erfreut, dass dieses Vorhaben nicht „auf der grünen Wiese“ verwirklicht werde und damit zur Innenstadtverdichtung beitrage. Dies sei immer ein Anliegen der Grünen gewesen und man fühle sich hier nun berücksichtigt. Dafür wolle danken und dazu ermutigen, in der Zukunft daran anzuknüpfen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses vom 16.06.2010 beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) erneut die Aufstellung der 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 30 -FLENSBURGER STRASSE- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. § 3 Abs.1 und § 4 Abs. 1 BauGB.
2. Der Rat stimmt dem Entwurf zu und beschließt, die 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 30 mit der Begründung (Stand: 30.12.2013) einen Monat lang öffentlich auszulegen.
3. Der Rat beschließt die 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 30 als Satzung. Der Satzungsbeschluss ergeht unter dem Vorbehalt einer erneuten Beschlussfassung, wenn während der öffentlichen Auslegung Stellungnahmen eingehen, die im Rahmen der Abwägung behandelt werden müssen. In diesem Fall wird die Angelegenheit dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Begründung in der Fassung vom 30.12.2013 wird ebenfalls beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs. 8 BauGB beigelegt. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.
4. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 10) und beschließt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung bzw. Ergänzung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 143 - Forschungswindpark Anzetel -
Erneuter Auslegungsbeschluss

6/2014

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.01.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt gem. § 4a Abs.3 Satz 2 BauGB den **Bebauungsplans Nr. 143 FORSCHUNGSWINDPARK ANZETEL** erneut einen Monat lang öffentlich auszulegen. Ergänzend wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden dürfen.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.3 Veränderungssperre Nr. 23 zum Bebauungsplan Nr. 143
Forschungswindpark Anzetel, Satzungsbeschluss

10/2014

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.01.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Für das Gebiet des vom Rat der Stadt Wilhelmshaven zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 143 FORSCHUNGSWINDPARK ANZETEL wird gem. §§ 14 (1) und 16 (1) BauGB sowie der §§ 10 und 58 NKomVG in den z. Zt. geltenden Fassungen die Veränderungssperre Nr. 23 gem. Vorlage als Satzung beschlossen.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.4 72. Änderung des Flächennutzungsplans 1973
-Logistikpark Langewerth-
Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss

8/2014

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.01.2014 vor.

Frau Linsen-Steiner wie auch **Herr Walpurgis** sprachen sich eindringlich für den Erhalt der Landschaft als Naherholungsgebiet und Biotop aus, anstatt dort ein Industriegebiet anzusiedeln.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass es sich bei dem so genannten „Logistikpark“ um ein Industriegebiet mit höchsten gesetzlich zugelassenen Lärmbelastungen handele. Er verurteilte, dass die Verwaltung ihr Versprechen gegenüber den Anwohnern nicht einhalte. Im Übrigen verweise er auf Aussagen der IHK, die dieses Gebiet für nicht erforderlich halte, da bereits Standorte in ausreichender Zahl vorhanden seien.

Herr Sokolowski fasste zusammen, dass der Logistikpark scheinbar wider besseren Wissens geschaffen werden solle: Das Umland zeige sich wenig begeistert, die IHK halte das Vorhaben für zu klein und zu nah am JadeWeser-Park und zudem seien die Fördermittel gekürzt worden. Hier würden einmal mehr unnötig Haushaltsmittel ausgegeben. Ihm stelle sich die Frage, ob es bereits Interessenten gebe, mit denen Vorverträge geschlossen worden seien, so dass dieser Standort tatsächlich nötig werde.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es gebe tatsächlich bereits Gespräche mit diversen Investoren. Da es jedoch noch kein Gewerbegebiet gebe, sei auch noch kein Vertrag abgeschlossen worden. Vorverträge könnten erst nach Vorliegen eines entsprechenden Feststellungsbeschlusses geschlossen werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 13 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung die **72. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven - LOGISTIKPARK LANGEWERTH** - zur Feststellung.

Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB in der Fassung vom 19.12.2013 wird beschlossen und ist der 72. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 gem. § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch beigelegt.

Mit dieser Beschlussfassung wird bestimmt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner berichtete zu folgenden Themen:

Oberschulen in Wilhelmshaven

Mit Datum vom 06. Januar 2014 (eingegangen am 16.01.14 bei der Stadt Wilhelmshaven) habe die Niedersächsische Landesschulbehörde die Errichtung der Oberschule „Nord“ und der Oberschule „Stadtmitte“ genehmigt, die Oberschule „Nord“ sogar mit dem Förderschulzweig für körperliche und motorische Entwicklung.

Beide Oberschulen würden Außenstellen haben, deren Notwendigkeit regelmäßig durch Stadt wie auch Landesschulbehörde überprüft werden solle.

Für beide Oberschulen seien bereits Planungsgruppen eingesetzt, die Anfang Februar mit Ihrer Arbeit beginnen. Anmeldetermin für die 5. Klassen werde der 25. und 26. Juni 2014 in der derzeitigen Marion Dönhoff Schule bzw. Freiherr vom Stein Schule sein.

Fortschreibung des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes

Die Stadt Wilhelmshaven werde das bestehende Einzelhandelsentwicklungskonzept („CIMA-Gutachten“) aktualisieren und weiterentwickeln.

Mit der Fortschreibung sollen die Grundlagen für die strategische Steuerung des Einzelhandels im Stadtgebiet auf Basis der aktuellen rechtlichen und landesplanerischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wesentliche Inhalte der Fortschreibung seien dabei die Aktualisierung der Wilhelmshavener Sortimentsliste, die Fortschreibung und Aktualisierung der Abgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche und der Fachmarktbereiche, sowie die Überprüfung von solitären Standorten des Einzelhandels in der

Projektentwicklung. Ziel solle dabei die planungsrechtlich sichere Optimierung der Versorgungssituation, die Komplettierung des Angebotsmixes und die qualitative Entwicklung eines zukunftsfähigen Einzelhandelsbestandes sein.

Das Gutachten 2007 sei vom Gutachterbüro „CIMA Beratung + Management GmbH, Lübeck“ im Auftrag der Stadt erstellt worden. Seinerzeit waren drei Gutachterbüros zur Angebotsabgabe aufgefordert worden, von denen die CIMA aufgrund des günstigsten Angebots den Zuschlag erhalten habe.

Für die Fortschreibung des Konzepts sei ausschließlich die CIMA zur Angebotsabgabe aufgefordert worden, da sie durch ihre bisherige Arbeit zum Einzelhandelskonzept bereits eine breite Datenbasis besitze. Sie kenne bereits die Wilhelmshavener Einzelhandelssituation wie auch der städtebaulichen Entwicklung und arbeitete sehr eng mit der IHK Oldenburg zusammen. Die Kosten der Fortschreibung würden nach derzeitigem Angebot 17.280,00 € + MwSt. betragen.

Ratsmitgliederkonferenz des Niedersächsischen Städtetages

Am Samstag, dem 22. Februar 2014 führe der Niedersächsische seine erste Ratsmitgliederkonferenz durch.

Die Stadt Wilhelmshaven habe das Recht maximal fünf Ratsmitglieder zu entsenden. Mit Blick auf die vom Städtetag vorgegebene Beschränkung der Teilnehmerzahl werde angeregt, sich ratsintern über eine Teilnahme zu einigen. Sofern sich mehr als 5 Interessenten meldeten und es keine Einigung zwischen den Fraktionen gäbe, müsste eine Verteilung nach d'Hondt erfolgen: Dann könnten CDU und SPD je 2 und die Gruppe „Grüne / WBV“ 1 Person benennen.

Bei Interesse sollten die Anmeldungen bis Freitag, 31. Januar, im Büro Oberbürgermeister bei Frau Wachenfeld als zuständiger Ansprechpartnerin abgegeben werden.

Als Themen seien vorgesehen:

- Vorstellung der Novelle des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes NKomVG durch MI Boris Pistorius
- Überarbeitung des Niedersächsischen FinanzAusgleichsGesetzes NFAG (Info durch NST)
- Wie arbeiten die neuen Landesbeauftragten? Info durch den Landesbeauftragten Franz-Josef Sickelmann, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
- Demographische Entwicklung in Niedersachsen: Ansätze der Landesregierung Info durch Ministerialdirigent Dr. Cornelius Schley, Nds. Staatskanzlei.

9 Anfragen

9.1 Anfrage von Herrn Dr. von Teichman (FDP) zur Geschäftsführung des „nautimo“ 502/2014

Herr Dr. von Teichman trug folgende Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Der „Wilhelmshavener Zeitung“ vom 20.12.2013 war zu entnehmen, dass der Posten des Geschäftsführers bei „Nautimo“ neu besetzt wurde. Weiterhin wurde berichtet, dass die Verantwortung u.a. auf einen Personalstamm von 70 MA statt wie bisher 50 MA ausgeweitet wurde.“

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat am 15.5.2013 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion auf Durchführung externer Stellenausschreibungen für Geschäftsführer und andere Positionen in städtischen Beteiligungen“

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien

städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionen und leitenden Angestellten, eine externe Stellenausschreibung durchzusetzen.“

Dazu die folgenden Fragen:

1. Wie lautet die genaue Bezeichnung des Tätigkeitsfeldes des neuen Geschäftsführers?
2. Wurden bisher getrennte Aufgaben innerhalb der Stadtwerke zusammengeführt und wenn ja, welche?
3. Welche Aufgaben und Verantwortungen hat der Geschäftsführer innerhalb der Stadtwerke bzw. der Stadtwerke-Holding?
4. Sind ggf. Änderungen an Gesellschaftsverträgen notwendig, um die neue Konstruktion auch rechtlich abzusichern?
5. Ist die Position des Geschäftsführers neu/zusätzlich innerhalb der Stadtwerke geschaffen worden oder fällt dafür eine andere Geschäftsführerposition weg?
6. Der Rat hat mit oben zitiertem Beschluss eine externe Stellenausschreibung bei „städtischen Beteiligungen“ beschlossen und die Mitglieder „in Entscheidungsgremien“ angewiesen, Entsprechendes durchzusetzen.
 - a. Hat eine dementsprechende externe Stellenausschreibung stattgefunden?
 - i. Wenn ja, wie viele Bewerbungen hat es gegeben?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Welche Maßnahmen haben die Mitglieder im „Entscheidungsgremium“ unternommen, um den Ratsbeschluss durchzusetzen?“

Herr Stoffers beantwortete die Anfrage wie folgt:

„Das Sport – und Erlebnisbad „Nautimo“ steht im Eigentum der Stadtwerke GmbH. Ebenfalls erfolgt auch der Badbetrieb durch die Stadtwerke GmbH, wobei Rezeption, Sauna, Gastronomie, Reinigung und Marketing per Dienstleistungsvertrag an die Nautimo GmbH vergeben ist.

Verantwortlicher Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH ist Herr Tim Alter, Geschäftsführer der Nautimo GmbH war Herr Volker Lotsch. Herr Lotsch hat seine Position zum Ablauf des 31.12.2013 gekündigt, Herr Alter hat wegen örtlicher Veränderungsabsicht um Aufhebung seines Vertrages zum 1.4.2014 gebeten.

Aus dieser Situation ergab sich für die verantwortlichen Organe der Stadtwerke GmbH unmittelbare Handlungsnotwendigkeiten, die nicht nur durch die Eilbedürftigkeit, sondern auch durch die noch nicht feststehende zukünftige Struktur des WTF – S Konzerns erschwert wurden.

Deswegen, und weil durch externe Begutachtung in Zusammenhang mit einem Prüfauftrages des Rates festgestellt wurde, dass das Nautimo hervorragend geführt ist – das Gutachten wird dem Rat noch vorgestellt werden – hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung beauftragt, mit Herrn Lotsch Gespräche zu führen, mit dem Ziel, ihn längerfristig an das Unternehmen zu binden. Erfreulicherweise ist dies gelungen.

Dieses vorausgeschickt beantworte ich die gestellten Fragen wie folgt:

1. Die Bezeichnung des Tätigkeitsfeldes des neuen Geschäftsführers der Stadtwerke GmbH lautet: Geschäftsführer - Geschäftsbereich Bäder (Nautimo und Freibad Nord)

2. Herr Lotsch übernimmt Aufgaben, die bisher in den Zuständigkeitsbereich von Herrn Alter gehörten, dazu ist in Aussicht genommen, die Aufgabenstellung der Nautimo GmbH ganz oder teilweise in die Stadtwerke GmbH zu integrieren. Diese würden dann auch in die Zuständigkeit von Herrn Lotsch fallen. Dazu sind weitere Gremienbeschlüsse notwendig.
3. Siehe Antwort 1. Der Geschäftsbereich Bäder umfasst sämtliche Angelegenheiten der Bäder Nautimo und Freibad Nord. Als Geschäftsführer der Gesellschaft besteht darüber hinaus eine Gesamtverantwortung für die Gesellschaft insgesamt.
4. Nein
5. Zunächst ist die Position bezogen auf die Stadtwerke GmbH zusätzlich geschaffen worden. Hinsichtlich des möglichen Wegfalls von bestehenden Geschäftsführerpositionen verweise ich auf meine einleitenden Ausführungen. Bereits in der Übergangsphase wird die Geschäftsführerposition in der Nautimo GmbH nebenamtlich durch eine dritte Person bei entsprechender Kostenreduzierung befristet wahrgenommen. Letztlich wird die neue Holdingstruktur die noch benötigten Gesellschaften definieren und damit auch eine Antwort auf die notwendigen Geschäftsführerpositionen geben.
6. Eine externe Stellenausschreibung hat nicht stattgefunden. Dieses Thema ist von den Mitgliedern des Aufsichtsrates und Gesellschafterversammlung (entspricht Verwaltungsausschuss plus GF WTF –S plus Mitglied der Thüga AG als Gast) in Ansehung des genannten Ratsbeschlusses diskutiert worden. Abgesehen von der Tatsache, dass ein Weisungsrecht des Rates gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrates und gegenüber dem WTF – S Geschäftsführer nicht besteht, ist wegen der in der Einleitung dargelegten Problemstellung und wegen der Tatsache, dass es sich um eine interne Umbesetzung innerhalb des WTF – S Konzernes handelt, von einer Ausschreibung abgesehen worden. Dies muss möglich sein, um einen bewährten Geschäftsführer weiterhin an den Konzern binden zu können. Gleichwohl haben die Mitglieder der Gesellschafterversammlung durch ergänzenden Beschluss bekräftigt, eine weitere Geschäftsführerposition bei der Stadtwerke GmbH extern auszuschreiben und zu besetzen.“

Vor Eintritt in die Einwohnerfragestunde machte **Ratsvorsitzende Glaser** darauf aufmerksam, dass die heutige Ratssitzung die letzte für Herrn Kottek sei, der Ende Februar in den Ruhestand gehe. Im Namen des Rates wolle sie ihm für dessen langjährige Mitarbeit danken und für diesen neuen Abschnitt alle guten Wünsche übermitteln.

Herr Kottek dankte für die Glückwünsche und verband dies mit drei Wünschen für den Rat zum Wohle der Stadt:

- mehr als 1.000 Arbeitsplätze hinter der Kaikante
- mehr als 2.000 Einwohner
- Haushaltsberatungen ohne Haushaltssicherungskonzept.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin